Abendausgabe

Nr. 29 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 14

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
18. Januar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Zentrum gegen Rechtsregierung.

Eine kategorische Erklärung an die Deutsche Volkspartei.

Wie im Reichstag verlautet, beabsichtigt das Zentrum, eine offizielle Erklärung an die Deutsche Volkspartei zu richten, in der kategorisch festgestellt wird, daß alle Gerüchte, das Zentrum beabsichtige eventuell an einer Rechtsregierung teilzunehmen, falsch sind.

Diese kategorische Erklärung des Zentrums gegen eine Rechtsregierung liegt in der Linie der Rede Stegerwalds und entspricht den Erklärungen, die Reichskanzler Marx dem Genossen Hermann Müller abgegeben hat.

Deutschnationales Doppelspiel.

Westarps Rede und Wallrafs Versprechungen.

Zu der monarchistischen Rede, die Graf Westarp am letzten Sonntag vor den deutschnationalen Angestellten gehalten hat, bemerkt die „Germania", sie habe auf die Volkspartei wie eine eiskalte Dusche gewirkt. Und sie fährt fort:

„Die Ueberraschung in volksparteilichen Kreisen war um so peinlicher, als in dem **leider noch nicht veröffentlichten Brief des Herrn Dr. Curtius** an den stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Herrn von Guérard, von der vorigen Woche, der über **die Zusicherung der deutschnationalen Unterhändler** gegenüber Herrn Curtius Bericht erstattet, erstaunlich weitgehendes, wenn auch nicht genügendes deutschnationales **Entgegenkommen gegenüber gewissen republikanischen Mindestforderungen in der Frage der Staatsform der Reichsfarben, der Reichswehr, der illegalen Verbände** und anderer Punkte konstatiert sein soll. Allerdings erzählt man sich, daß dieser Brief des Herrn Curtius mehr die Aeußerungen des Herrn Wallraf als solche des Grafen Westarp wiedergebe.

Wir hoffen, daß nach den Andeutungen der „Germania" die Veröffentlichung des interessanten Schriftstücks nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Westarp bei Marx.

Reichskanzler Dr. Marx empfing heute vormittag 11 Uhr den Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, zu einer Besprechung, die etwa eine Stunde dauerte. Das Gespräch drehte sich im wesentlichen um die Frage, ob damit zu rechnen sei, daß die Deutschnationalen eine Regierung der Mitte tolerieren würden. Graf Westarp erklärte, daß eine derartige Tolerierung für die Deutschnationalen nicht in Frage kommen könne.

Geßler deckt Reinhardt.

Er hat selbst die Veröffentlichung der Angriffe auf die Linksparteien angeordnet!

Der General Reinhardt hatte vor kurzem in der „DAZ." die Frage des Heeresersatzes im Zusammenhang mit Löbes Anregungen besprochen und dabei klipp und klar erklärt, daß Demokraten und Sozialisten wegen der pazifistischen Haltung ihrer Parteien für die Reichswehr nicht in Frage kämen.

Gegen diese Angriffe hat der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Abg. Dr. Koch, in einem Offenen Brief protestiert und den Brief auch seinem Parteifreund Dr. Geßler zugestellt. Darauf antwortet Dr. Geßler in einem langen Brief, der soeben durch die TU. veröffentlicht wird:

Sehr geehrter Herr Koch!

In Erwiderung auf Ihr Schreiben vom 10. d. M. beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Frage des Heeresersatzes beschäftigt seit Monaten die deutsche öffentliche Meinung auf das lebhafteste. Zahlreiche Federn — sachverständige und andere — haben sich mit der politischen und technischen Seite des Problems beschäftigt. Der Chef der Heeresleitung hat zur Klärung Berichte der verantwortlichen Befehlsstellen eingefordert. Auch General Reinhardt hat einen solchen Bericht erstattet. Da er sich hierbei auch mit der

politischen Seite der Werbung

befaßte, wurde ich ersucht, die Veröffentlichung zu gestatten. **Ich habe diese Genehmigung erteilt, ohne an dem Artikel irgendeine Zensur zu üben.** Zunächst aus grundsätzlichen Erwägungen. Ich wollte in einer Frage von der größten Bedeutung für die Entwicklung des Heeres nicht die Armee mundtot machen, sondern auch sie selbst sprechen lassen. Dazu erschien der Bericht des Generals Reinhardt besonders geeignet. Denn er stammt von einem Offizier, dem, wie Sie wissen, jeder Mißbrauch der Reichswehr zu verfassungswidrigen oder reaktionären Zwecken fern liegt. Ihm liegt vielmehr die Herstellung der Volksgemeinschaft in den Fragen der nationalen Verteidigung ganz besonders am Herzen. Er wird auch in weiten Kreisen der Linksparteien zu den Führern der Reichswehr gerechnet, die dem neuen Staate gegenüber aktiv und positiv eingestellt sind. Dadurch bekommt sein Bericht als

Stimmungsbild aus der Reichswehr

eine besondere Bedeutung, seine unveränderte Veröffentlichung erschien mir deshalb aus staatspolitischen Gründen richtig. Daß dabei die Erörterung parteipolitischer Verhältnisse sich nicht vermeiden ließ, lag in der Natur des Themas, da ja der Reichswehrwerbung einseitige politische Tendenz vorgeworfen wird.

Daß der Artikel nicht ohne Widerspruch bleiben würde, war mir klar. Denn der Soldat stellt aus seinem Berufsethos heraus an die Vertretung des Wehrgedankens Ansprüche, die der Politiker nicht immer erfüllen kann, die er aber in dem Kampf um die Seele der Reichswehr nicht außer acht lassen darf. Der Artikel hebt ausdrücklich hervor, daß der Verfasser der Auffassung ist, daß die Angehörigen der Linksparteien selbstverständlich wie die **Verfassung so auch die Grenzen ihres Vaterlandes mit voller Hingebung verteidigen werden.** Aber er ist der Auffassung, daß in der Pflege dieser Ideale, in der Haltung ihrer Parteien Widersprüche und Lücken bestehen, die in der Armee das Bild erzeugen, das er geschildert hat.

Diese Auffassung ist mir selbst oft entgegengetreten. Soweit ich konnte, habe ich mich bemüht, sie auf das berechtigte Maß zurückzuführen, indem ich allen Heeresstellen alljährlich die amtlichen Berichte über die Reichstagsverhandlungen zum Heeresetat zugehen ließ. Dadurch ergibt sich ja die grundsätzliche Stellung der Demokratischen Partei in dem Sinne einwandfrei, wie Sie in Ihrem Briefe hervorheben. Daneben gibt es aber sehr viele Aeußerungen in der Oeffentlichkeit, und zwar von Leuten, die sich als besonders berufene Interpreten republikanischer und demokratischer **Weltanschauung ausgeben, die eine absolut entgegengesetzte** Einstellung ergeben. Und Ihre eigenen Ausführungen auf dem Parteitag in Breslau, die Sie in Ihrem Brief zitieren, sind ein Beweis dafür, denn sie wurden ja zur

Bekämpfung von Strömungen im Lager der deutschen Demokratie

notwendig, die vielleicht keine große Gefolgschaft haben, aber sehr laut auftreten und in einflußreichen Organen zu Worte kommen. Daraus erklärt sich, daß Stimmungen und Auffassungen, wie sie im Artikel des Generals Reinhardt zum Ausdruck kommen, immer wieder neue Nahrung finden. Sie haben an der temperamentvollen Darstellung dieser Stimmung in dem Aufsatz scharfe Kritik geübt, aber ich weiß bestimmt, daß Sie irren, wenn Sie glauben, eine Verunglimpfung der demokratischen Parteiführer habe im Sinne des Verfassers gelegen. Mir kam es darauf an, durch eine offene Aussprache zu einer Klärung und zur Verständigung zu kommen, und ich würde es aufrichtig beklagen, wenn dieser Zweck vereitelt würde.

Diesen Brief bitte ich zugleich als Antwort auf Ihren offenen Brief zu betrachten.

Mit besten Grüßen gez. Dr. Geßler.

Es ergibt sich also, daß Dr. Geßler selbst den Angriff auf seine eigene Partei angeordnet hat.

Pariser Optimismus über die „Restpunkte".

Man glaubt an ein Kompromiß.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach der ersten offiziellen Verhandlung vor dem Interalliierten Militärkomitee von Versailles ist die Stimmung in Paris außerordentlich optimistisch geworden. Vor allen Dingen rühmt der „Matin" die Mäßigung und die Versöhnlichkeit der deutschen Vorschläge, die ohne weiteres als Basis für die Verhandlungen dienen könnten, die in den nächsten Tagen zunächst wieder in unverbindlicher Form im Gespräch eifrig fortgesetzt werden. Erst wenn dann das Terrain genügend bereinigt sei, würden die deutschen Delegierten neue Vorschläge formulieren. Das „Journal" geht sogar noch weiter und erklärt, es liege in der Logik und der Notwendigkeit der Dinge, daß ein Kompromiß zustande komme. Den Weg habe man schon in Genf eingeschlagen, als man auf das „Radikalmittel" verzichtete, die sofortige Zerstörung der neuen Werke in den deutschen Ostfestungen zu fordern und wenn die Deutschen auf dem Wege des Kompromisses sich schneller und weiter fortbewegt hätten als die Alliierten, so sei das ihr gutes Recht.

Außerordentlicher Kabinettsrat in London.

Wegen der Lage in China. — Kein Anlaß zum Optimismus.

London, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung trat am Montag zu einem außerordentlichen Kabinettsrat zusammen. An ihm nahm u. a. der Kriegsminister und der Marineminister teil. Dem Kabinettsrat lag der Bericht des englischen Regierungsvertreters vor, der in Hankau mit dem Minister der Kantonregierung verhandelt hat. Angeblich bietet dieser Bericht, dem hier große Bedeutung beigemessen wird, keinerlei Anlaß zu Optimismus; weitere Einzelheiten stehen bisher noch aus.

25 000 Mann zur Verteidigung der Schanghaier Konzessionen.

Chicago, 18. Januar. (WTB.) „Chicago Tribune" meldet aus Schanghai: Die internationale Niederlassung von Schanghai hat gestern die Mächte ersucht, eine sofort verfügbare Streitmacht von 4000 Mann (2000 Engländer, 1000 Japaner, 1000 Amerikaner) bereit zu halten, als erste Maßnahme, um einen etwaigen Versuch, aus Schanghai ein zweites Hankau zu machen, zu verhindern. Die Meldung besagt noch, nach Ansicht militärischer Sachverständiger würde zur Abwehr eines chinesischen Angriffs eine Streitmacht von 25 000 Mann mit voller Kriegsausrüstung notwendig sein.

Die Arbeitslosenversicherung.

Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeitslosenschutzes.

Der vorliegende Regierungsentwurf über eine Arbeitslosenversicherung soll endlich die Erfüllung des Artikels 163 der Reichsverfassung bringen. Eine nähere Prüfung zeigt jedoch, daß er diesen Anforderungen nicht gerecht wird. Es muß deshalb die Aufgabe des Reichstages sein, den Gesetzentwurf entsprechend umzugestalten.

Die Reichsverfassung kennt ein entscheidendes Merkmal für den Unterstützungsanspruch: wenn angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, dann ist für den notwendigen Unterhalt zu sorgen. Damit kommt zum Ausdruck, daß die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit, insbesondere zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, eine gesellschaftliche Aufgabe ist; es muß sich dabei um Vermittlung angemessener Arbeitsgelegenheit handeln. Ist sie nicht möglich, dann muß die Gesellschaft für den notwendigen Unterhalt sorgen. Also auch hier eine gesellschaftliche Verpflichtung, aus der sich der Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung ableitet. Die Arbeitslosigkeit ist damit als eine gesellschaftliche Schuld erkannt, die ihre tiefsten Ursachen in der kapitalistischen Struktur der Wirtschaft hat.

Eine so tiefbegründete soziale Erscheinung läßt sich nicht allein aus dem Geiste und mit den Mitteln der Privatversicherung wirksam bekämpfen. Dabei kommen die sozialen Notwendigkeiten zu kurz. Der Regierungsentwurf ist ein deutlicher Beweis dafür.

Um das Risiko der Arbeitslosigkeit versicherungsmäßig zu erfassen, werden die Arbeitslosen in zwei große Gruppen getrennt: Empfänger von Versicherungsleistungen und Empfänger von Krisenleistungen. Für die Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen werden hohe Anforderungen gestellt, die der Versicherte erst erfüllt haben muß, will er seinen Rechtsanspruch auf Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit geltend machen. Dazu gehört die Anwartschaftszeit, die erst erfüllt ist, wenn der Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten während sechsundzwanzig Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Was das bedeutet, zeigt ein Vergleich mit den gegenwärtigen Vorschriften der Erwerbslosenfürsorge. Danach genügt vor Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit eine dreimonatige krankenversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten zwölf Monaten. Ein großer Teil der Arbeitslosen wird also durch den Entwurf automatisch von den Versicherungsleistungen ausgeschlossen.

Doch das ist nicht alles zur Rettung eines Versicherungsprinzips, das von ganz falschen Voraussetzungen ausgeht.

Der Regierungsentwurf bestimmt, daß der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft ist, wenn die Unterstützung für insgesamt sechsundzwanzig Wochen gewährt ist. Der Ausschuß der Reichsausgleichskasse kann bei besonders ungünstigem Arbeitsmarkt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung bis auf neununddreißig Wochen ausdehnen. Diese Zustimmung des Reichsarbeitsministers ist ein Kapitel für sich; sie gehört zu den famosen Bestimmungen über die Selbstverwaltung.

Durch diese Beschränkung der Bezugsdauer, die wiederum kürzer ist wie in der gegenwärtigen Erwerbslosenfürsorge, wird ein weiterer Teil der Arbeitslosen automatisch von den Vereinbarungsleistungen ausgeschlossen. Nach den Ausweisen vom 15. Dezember 1926 waren zu diesem Zeitpunkt bereits 231 891 Arbeitslose. Berücksichtigt man weiter, daß außerdem 318 464 Arbeitslose bereits am 15. Dezember über 26 bis 39 Wochen unterstützt wurden, dann muß sich das Heer jener Arbeitslosen, die infolge Ablaufs der Unterstützungsdauer keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen haben, gewaltig erhöhen. Dazu kommt das Heer der Arbeitslosen, die bereits in der Krisenfürsorge sind, und die große Zahl jener, die in den letzten zwölf Monaten keine sechsundzwanzig Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben.

Nach dieser Eisenbartkur kann das Risiko der Arbeitslosigkeit versicherungsmäßig erfaßt werden; die Beiträge werden nunmehr wohl zur Deckung der Versicherungsleistungen ausreichen.

Was geschieht mit den übrigen Arbeitslosen? Der Regierungsentwurf sieht vor, daß in Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsapparats des Reichsamts für Arbeitsvermittlung und mit Zustimmung des Reichsrats die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung zulassen kann. Die Zulassung kann auf bestimmte Berufe oder Bezirke beschränkt werden. Die Höhe der Unterstützung und die Dauer ihrer Gewährung können beschränkt werden. Die Krisenunterstützung erhalten nur Arbeitslose, die bedürftig sind.

Das bedeutet also: nicht das Gesetz, sondern der Reichsarbeitsminister bestimmt, ob und unter welchen Voraussetzungen Krisenunterstützung gewährt wird. Der Reichstag kann, wie gegenwärtig, eine Erhöhung der Unterstützung beschließen, ob und in welchem Umfange sie durchgeführt wird, bestimmt die Reichsregierung. Es können auch niedrigere Unterstützungen, als die Versicherung sie vorsieht, festgesetzt werden. Für einen maßvollen Gebrauch dieser Rechte sorgt schon die Bestimmung, daß die Lasten der Krisenfürsorge, **nach dem Regierungsentwurf zu drei Vierteln, nach dem Be-**

schluß des Reichsrats zu acht Neunteln, vom Reich zu tragen sind. Die Reichsregierung wird für diese Arbeitslosen keine gefüllten Taschen haben. Das wird auch nicht ohne Rückwirkung auf die Bedürftigkeitsprüfung bleiben. Es erweckt bereits alles den Eindruck, als sollten dabei die Grundsätze der Fürsorgepflicht-Verordnung, das ist also die Armenfürsorge, zur Anwendung kommen.

Der Grund für diese Zweiteilung der Arbeitslosen ist ziemlich durchsichtig. Es soll verhindert werden, daß alle Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung erhalten. Deshalb soll die Versicherung nur aus Beiträgen, die Krisenfürsorge nur aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Zwar ist das Vorbild der Arbeitslosenversicherung, die englische, den anderen und richtigeren Weg gegangen: ein Drittel der Lasten für die Versicherung wird dort von vornherein durch den Staat gedeckt. Aber dann würde ja auch in Deutschland bewiesen sein, daß bei der Arbeitslosenversicherung die Heranziehung öffentlicher Mittel keine Gefährdung der Rechtsansprüche bedeuten muß. Auch in anderen Zweigen der deutschen Sozialversicherung ist damit keine Gefährdung der Rechtsansprüche verbunden. In diesem wichtigen Punkt erfüllt der Regierungsentwurf eine Forderung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Sie verlangt die allgemeine Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung; der Entwurf verwirklicht die Forderung zunächst zur Hälfte.

Wäre die Preisaufgabe gestellt, eine Versicherung zu konstruieren, die keine ist, sie wäre gelöst. Der Verfasser kann sich diese Erfindung patentieren lassen. Sie hat nur einen Mangel: die sozialen Erfordernisse finden keine ausreichende Berücksichtigung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird alles tun, um auch diesen Mangel zu beseitigen.

Max Sering und Heinrich Dietzel.

Zu ihrem 70. Geburtstag.

Universitätsprofessor Max Sering, die deutsche Autorität auf agrarwissenschaftlichem und agrarpolitischem Gebiet, und Universitätsprofessor Heinrich Dietzel, der entschiedenste Verfechter der klassischen Nationalökonomie, Gegner der historischen Schule, und im Gegensatz zu Max Sering, glanzvoller Vertreter der Freihandelslehre, und Vorkämpfer der weltwirtschaftlichen Verflechtung der Völker, also Antipoden auf dem Gebiete der Theorie und der Politik, vollenden beide in diesen Tagen ihr 70. Lebensjahr.

Max Sering, am 18. Januar 1857 in Barby a. d. Elbe geboren, begann seine Laufbahn mit einer Dissertation über die Geschichte der preußisch-deutschen Eisenzölle gerade in dem für die deutsche Wirtschaftspolitik entscheidenden Jahre 1879, als Bismarck die deutsche Handels- und Wirtschaftspolitik vom Freihandel auf den Schutzzoll, die deutsche Innenpolitik entschieden vom Liberalismus auf den Konservatismus umstellte. Es war mehr als ein Symbol, daß der Reichsgründungstag, der 18. Januar, der Geburtstag Max Serings war, es war mehr als ein Zufall, daß Max Sering seine Laufbahn mit einer Arbeit über die Zölle begann. Die Beschäftigung mit den theoretischen Schlüsselfragen der deutschen Nähr- und Wehrpolitik, füllte sein ganzes Leben aus. Dabei leitete ihn eine ebenso scharfe wissenschaftlich theoretische Strenge wie ein starker wirtschaftspolitischer Idealismus. Wesentlich die militärpolitischen Gefahren der ausländischen Getreidekonkurrenz und die Ueberzeugung von der politischen Notwendigkeit der Autokratie Deutschlands in der Versorgung mit der notwendigen Nahrung waren es, die ihn in der Vorkriegszeit zu einem Konservativen, zu einem Vertreter des militärisch-politischen Systems und zum schärfsten Verfechter der Getreidezölle machten. Daß dabei ihn aber, abgesehen von seinem politischen Idealismus, reine wissenschaftliche Ueberzeugung trug, dafür brachte er in der Nachkriegszeit den schlagendsten Beweis. Dieselbe wissenschaftliche Strenge, dieselbe Sorge um Deutschland führten ihn in der Nachkriegszeit zu der Einsicht, und er hatte den Mut, diese Einsicht in der Oeffentlichkeit nachdrücklich zu vertreten, daß der deutschen Volkswirtschaft heute nicht damit gedient sein kann, vor allem aber auch der deutschen Landwirtschaft nicht, wenn unter dem Druck des Versailler Vertrags und angesichts der Verschiebungen in der Weltgetreideerzeugung die Lebenshaltung der Massen noch weiter verteuert und der wirtschaftliche Wiederaufbau der Landwirtschaft in die falsche Richtung gelenkt würde. Aus dieser Zeit stammen seine berühmt gewordenen Schriften über „Die internationale Agrarkrise", „Agrarkrisen und Agrarzölle" und „Die deutsche Wirtschaftskrisis".

Der organisierten Arbeiterschaft, noch mehr dem Sozialismus, blieb er zeitlebens fremd. So bedeutungsvoll seine neue Stellungnahme zur Schutzzollfrage war und schon vorher seine wohl erst in der Zukunft voll auszuschöpfende Tätigkeit in der Kriegswirtschaft und besonders auch in der Siedlungsfrage, so bewegten ihn dabei doch immer nur Ideale und Anschauungen, die der Arbeiterschaft fremd waren. Es war aber charakteristisch für jene konservativen Kreise, die im Deutschen Landwirtschaftsrat und im Preußischen Landesökonomiekollegium ihr politisch-körperschaftliches Zentrum hatten, für die Großagrarier und Ostelbier, daß in dem Augenblick, in welchem Sering nicht mehr ihre nackten Profitinteressen zu vertreten schien, Sering für sie auch erledigt war. Der andere Jubilar der deutschen Wirtschaftswissenschaft, Universitätsprofessor Heinrich Dietzel, trat in der Tagespolitik wenig oder nicht hervor. Um so größer war und ist seine Bedeutung als Theoretiker des Freihandels und Vorkämpfer der grundsätzlichen weltwirtschaftlichen Verflechtung der Völkerwirtschaft. In zahlreichen Schriften über Freihandel und Handelsfreiheit, besonders in seiner theoretischen Sozialökonomie, hat er seine Anschauungen niedergelegt und immer wieder lebendig gemacht. Auch ein Konservativer in seiner Art, denn hartnäckig vertrat er gegenüber den Neuerern der historischen Schule das systematische Verfahren der klassischen Schule, trat er doch tiefer und den wirklichen Lebensnotwendigkeiten der Völker näher, als Max Sering, dem Geist der wirtschaftliche Zukunft und die Wirtschaftspolitik der Völker beherrschen muß und wird.

Der Pleitegeier im Landbund.

Zusammenbruch der Pyritzer Landbundbank.

Das Malheur des Landbundes wird größer und größer. Kaum ist es über den Zusammenbruch der Hirschberger Landbundbank und über den Korruptionsfall in Freystadt ruhiger geworden, wird schon wieder ein neuer Bankzusammenbruch gemeldet. Die Pyritzer Landbundbank ist pleite. Der „Hinterpommer" weiß darüber folgendes zu berichten:

„Ob der Landbund der Gründer der Bank ist oder der Stahlhelm, ist noch ungeklärt. Es wäre jedenfalls ein Verdienst, hier Klarheit zu schaffen. Es würden sehr interessante Dinge an das Tageslicht kommen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß bei der Gründung keine Leute hinzugezogen wurden, die etwas von Volkswirtschaft verstehen, womöglich auch nicht vom Bankfach. Man darf es kaum glauben. Wie wäre es sonst möglich, den Direktorposten einem jungen Mann anzuvertrauen, der keinen blauen Dunst vom Bankwesen hat und dem man von vornherein einen langjährigen Anstellungsvertrag (man spricht von 12 bis 15 Jahren) ausfertigte und ihm monatlich ein Gehalt von 13 000 Mark bewilligt. Oder hat er Beziehungen, auf Grund welcher er aus der Deutschnationalen Parteikasse nehmen konnte, soviel ihm beliebte? Warum wurde bei diesem Unternehmen, bei welchem mit anderer Leute Geld operiert wird, so blindlings ein Posten besetzt, der von einem alten erfahrenen Bankfachmann verwaltet werden muß? Mit Trinkgelagen und Hurrahbrüllen kann kein ernstes Geschäft gemacht werden, auch nicht mit endlosen Autofahrten. Wir haben in Pyritz noch mehrere Bankdirektoren, aber keiner fährt Auto. Mußte das alles sein? Die schöne Zeit der Roggenscheine und der Inflation ist vorbei. Heute gibt es Wirtschaftsrationierung. Wie soll aber einer Wirtschaft treiben, der keine Ahnung davon hat?"

Es ist erstaunlich, daß die Bauern diese Wirtschaft so lange mitgemacht haben.

Die Sowjetgranaten im Landtag

Erklärung des Genossen Kuttner.

Der Preußische Landtag trat heute 1 Uhr nachmittags zu seiner ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien zusammen. Der Präsident eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Vizepräsidenten Garnich. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort

Abg. Kuttner (Soz.):

In einer zu Beginn der 235. Sitzung abgegebenen Erklärung außerhalb der Tagesordnung hat der Herr Abgeordnete Pieck wiederum die Behauptung aufgestellt, daß ich hier im Hause einen gefälschten Brief verlesen hätte. Es handelt sich um das Schreiben, das ich zum Beweise der noch im Jahre 1926 erfolgten Geldüberweisungen der „Gefu", späteren „Wiko", an die Prombank (Russische Staatsbank) verlesen habe. Obwohl ich bereits in einer früheren Erklärung weitgehende Beweise für die Echtheit des verlesenen Schreibens erbracht habe, zwingt mich das hartnäckige Bestreiten des Abgeordneten Pieck, nunmehr restlose Klarheit zu schaffen, und zu diesem Zweck folgendes zu erklären:

Am 10. Dezember 1926 habe ich den in Frage stehenden Brief verlesen. Wenige Tage darauf hat die Filiale der Darmstädter und Nationalbank (Danatbank). Depositenkasse Werderscher Markt, einen Angestellten beurlaubt, und ihm demnächst zum 1. April 1927 seine Stellung gekündigt. Es ist dies der Angestellte, der das bei dieser Filiale bestehende Konto der „Gefu", späteren „Wiko", verwaltet und namentlich persönlich die Ueberweisungen nach Rußland vorgenommen hat.

Durch das Zeugnis dieses Angestellten, der aus eigener Anschauung den Sachverhalt kennt, kann jederzeit folgendes bewiesen werden:

1. Bei der Depositenkasse Werderscher Markt der Danatbank bestand seit längerer Zeit ein Konto der Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen (Gefu), die sich ab 1. Mai 1926 auch Wirtschaftskontor G. m. b. H. (Wiko) nannte. Ferner bestanden

Sonderkonten des Obersten Buchholz und Major Spangenberg,

beide von der Waffen- und Munitionsabteilung des RWM.

2. Die Konten Spangenberg und Buchholz sind am 11. Dezember, also unmittelbar am Tage nach meiner Rede im Landtag, aufgelöst worden.

3. Ueber die genannten Konten sind laufend, und zwar bis in den Dezember 1926 hinein, **ungewöhnlich hohe Summen** gegangen, die monatlich oftmals den Betrag von **mehreren Millionen Mark** ausmachten.

4. Diese Summen, die entgegen banktechnischen Gepflogenheiten fast stets in bar eingezahlt wurden, sind, soweit Konto „Gefu" in Frage kommt, **über die offizielle russische Staatsbank** für die Prom-Bank, Moskau, anfangs direkt überwiesen worden. Nach Eingang des von mir verlesenen Schreibens wurden die Gelder, sowie es das Schreiben anordnet, über die Equitable Trustbank, New York, an die Prom-Bank überwiesen.

5. Verfügungsberechtigt über das Konto „Gefu" bzw. „Wiko" waren Personen, die **ehemals militärische Stellung bekleidet** haben, wirtschaftlich dagegen unbekannt sind.

6. Am 31. März 1926 wurde das gesamte Konto „Gefu" vorübergehend — bis Anfang April — auf das **Konto eines Oberstleutnant Senftenberg vom RWM.** übertragen. Dieser übertrug nach kurzer Zeit das Konto wieder auf „Gefu" zurück.

7. Die Richtigkeit dieser Angaben wird weiter bewiesen durch die zum Konto „Gefu" bzw. „Wiko" gehörige fünf Aktenbände umfassende Korrespondenz. Aus dieser Korrespondenz stammt auch das von mir verlesene Schreiben. Es befinden sich zahlreiche weitere Schreiben bei der Korrespondenz, deren Inhalt die Echtheit dieses Schreibens vollkommen bestätigt. **Photographien solcher Schreiben habe ich in meinem Besitz.** Auch wird ein Vorsteher der genannten Depositenkasse, namens Schmidt, als Zeuge den Sachverhalt bestätigen müssen.

Es ist mir nicht bekannt, ob der Herr Abgeordnete Pieck seine Erklärungen hier als Offiziosus des Reichswehrministeriums oder der russischen Sowjetregierung abgegeben hat. Auf jeden Fall haben ihn seine Gewährsmänner, die den wahren Sachverhalt kennen mußten, schwer getäuscht.

Die Kommunisten nahmen diese Erklärung mit sichtbarer Verlegenheit auf. Einige törichte Zwischenrufe „Konto Barmat" versuchten erfolglos abzulenken.

Gegen die Verlängerung der Schutzfrist.

Der Kampf um die Beibehaltung oder Verlängerung der Schutzfrist für Werke der Literatur, Musik und bildenden Kunst ist jetzt in ein neues Stadium getreten und damit dem Alleinbereich der Autoren und Verleger entrückt worden. Der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, Staatsminister Dr. Schmidt-Ott, Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff und der Altmeister der Pädagogik Georg Kerschensteiner haben sich zusammengeschlossen, um in einem Aufruf auf die Gefahren hinzuweisen, die aus der Verlängerung oder jeder Art von Veränderung der Schutzfrist für die Gesamtheit der Nation entstehen würden. In dem Aufruf heißt es:

„Es sind Bestrebungen im Gange, unsere altbewährte Schutzfrist für Werke der Literatur, der Musik und der bildenden Kunst, die sich bis auf 30 Jahre über den Tod des Verfassers hinaus erstreckt, um weitere 20 Jahre zu verlängern. Begründet wird diese Forderung mit dem angeblichen Bedürfnis, sie der Gesetzgebung anderer Völker, besonders der romanischen, anzupassen.

Gewiß ist eine internationale Rechtsgleichheit wünschenswert, aber es wäre falsch, sie mit solchem Opfer zu erkaufen. Denn eine 30jährige Schutzfrist ist nicht nur dem Geiste der deutschen Gesetzgebung, sondern auch dem Geiste unserer Zeit angemessener als eine 50jährige. In diesem Sinne halten wir die deutsche Schutzfrist, die wir mit Oesterreich und der Schweiz gemeinsam haben, für vorbildlich, und wir sehen keinen zwingenden Grund, sie aufzugeben.

Ueberdenkt man die segensreichen Wirkungen unseres traditionellen Urheberschutzes, der schon älter ist als das Deutsche Reich, erwägt man den Bildungsantrieb, den wir dem rechtzeitigen Freiwerden unseres literarischen und musikalischen Gutes verdanken; betrachtet man insbesondere, wie die Schulen aller Grade auf die Benutzung freier Werke angewiesen sind und die Jugend daraus Kraft zieht: so halten wir es für unsere Pflicht, vor jeder Verlängerung der Schutzfrist, in welcher Form auch immer, eindringlich zu warnen.

Einer materiellen Vorteil aus der Verlängerung würde nur eine ganz kleine Zahl von Erben haben; nämlich die wenigen, welche 30 Jahre nach dem Tode ihres Vorfahren überhaupt noch aus dessen Schöpfungen Renten bekommen. Anderen Beteiligten aber, die aus der Verlängerung der Monopole Nutzen ziehen wollen, solchen auf Kosten der Nation zuzuwenden, lehnen wir ab.

Die Ausdehnung unserer bewährten Schutzfrist wäre also nicht einmal von wesentlichem Vorteil für die große Masse der Geistesarbeiter; dagegen für die Schule, für die bildungshungrigen Schichten der werktätigen Stände, ja, für das Volksganze unheilvoll und folgenschwer."

An die vier Spitzen-Unterzeichner schließt sich eine Auslese von rund 800 Persönlichkeiten, wie sie sich in solcher Vereinigung wohl selten zusammengefunden hat. Vertreter der Wissenschaft aller Fakultäten und Universitäten; Schriftsteller von Namen; die bedeutendsten Anwälte, die als Spezialisten für Urheberrecht gelten; Politiker der verschiedensten Parteien; Musiker von weitem Ruf; große Wirtschaftsführer; Pädagogen und Volkserzieher haben den Aufruf unterzeichnet und damit dokumentiert, daß in einer solchen, die ganze Nation angehenden Frage Führer aller Grade gehört werden müssen und nicht nur die Fachverbände der Interessenten.

Die geheimnisvolle Grippe.

Die Grippe, die jetzt wieder einmal die ganze Welt mehr oder weniger schwer heimsucht, ist eine uralte Krankheit, die unter den verschiedensten Namen zu allen Zeiten aufgetreten ist, der man aber jetzt erst eine größere wissenschaftliche Beachtung schenkt. Die Hygieneabteilung des Völkerbundes hat kürzlich einen ersten Sonderbericht über die Grippeepidemien veröffentlicht und damit die Aufmerksamkeit der internationalen Medizin auf die Krankheit gelenkt. Was freilich hier über die Krankheit gesagt wird, ist ebenso dunkel und geheimnisvoll wie alles, was wir bisher von der Krankheit wissen. Wohl über keine Krankheit gehen die Anschauungen so weit auseinander wie über die Grippe.

In der „Times" hebt ein Arzt die Widersprüche hervor, die bei der Beurteilung der Entstehung und des Verlaufes dieser Epidemien zutage treten. „Es dürfte schon als unzulässig erscheinen, wenn man allgemein von einer „Verbreitung" über verschiedene Länder und von einer Ansteckungsgefahr bei der Grippe spricht," heißt es hier. „Es gibt unwiderlegliche Berichte, daß die Krankheit gelegentlich in einer ganz plötzlichen Form unter Schiffsmannschaften ausbricht, die viele Wochen lang einer Ansteckungsmöglichkeit nicht ausgesetzt waren. Dieses und andere Erscheinungen ähnlicher Natur stimmen nicht mit den Versuchen überein, den Gang der Epidemien durch einzelne Länder zu verfolgen. Die „Welle", wie man es nennt, soll in Spanien entstanden und von dort nach Frankreich und von da nach Deutschland „geflutet" sein. Aber es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Krankheit in allen diesen Ländern unabhängig voneinander entstanden ist. Diese letztere Annahme wird verstärkt durch die Theorie, daß die Krankheit alle 33 Wochen wiederkehrt, aber eine epidemische Form nur annimmt, wenn sie in den ersten vier oder fünf Monaten auftritt. Diese Theorie, die vielfach Zustimmung gefunden hat, widerspricht der Annahme einer fortschreitenden „Welle" und paßt zu der Tatsache, daß die Grippe ohne Vorhandensein einer erkennbaren Infektionsquelle in der Alten und der Neuen Welt an den verschiedensten Stellen auftritt.

Nicht minder geheimnisvoll ist bisher der Erreger dieser Krankheit, denn man weiß noch nicht das geringste über einen „Grippebazillus", und vielleicht ist es gar kein Bazillus. Es hat den Anschein, als ob das Grippegift — wenn es überhaupt ein Gift ist — den Organismus in einem wehrlosen Zustand anderen und zwar gefährlichen Mikroben gegenüber versetzt. Die Disposition für Bronchitis und Lungenentzündung dürfte durch die Grippe verstärkt werden. Dasselbe ist bei der einfachen Erkältung der Fall. Wenn daher auch die Grippe selbst nicht ansteckend ist, so sind es doch sicherlich die Komplikationen, die in ihrem Gefolge auftreten, und daher ist der Schutz gegen Ansteckung sehr notwendig. Jedenfalls ist die Grippe eine ebenso geheimnisvolle wie hinterhältige Krankheit, und alle Vorsichtsmaßregeln müssen getroffen werden, auch wenn sie vorläufig glücklicherweise nicht in bedrohlicher Form auftritt."

Die größte Sonnenuhr. Daß die alten Mayavölker bereits eine genaue Zeitrechnung kannten, ist durch den amerikanischen Forscher Dr. Thomas Gann nachgewiesen worden, der vor kurzem eine archäologische Studienreise durch Mittelamerika unternommen hat. Bei Copan, einer der ältesten Städte des alten Mayareiches, das von etwa 100 vor Christi bis ungefähr 500 nach Christi blühte, wurden zwei ziemlich gut erhaltene, fast vier Meilen voneinander entfernte Steinpfeiler gefunden, die in ihrer Zusammenwirkung eine riesenhafte Sonnenuhr gebildet haben. Beide Pfeiler sind auf Hügeln errichtet, zwischen denen die Stadt Copan lag, heute ein ausgedehntes Ruinenfeld. Von dem östlichen Pfeiler aus visierte man die Sonne, wenn sie hinter dem westlichen Pfeiler stand, und baute auf den so gemachten Beobachtungen die Zeitrechnung auf. Das Datum, an dem die Sonne, vom Ostpfeiler aus gesehen, genau hinter dem westlichen unterging, galt den Mayas als Beginn ihres Jahres, das ebenfalls bereits 365 Tage zählte. Jedoch kannten sie kein Schaltjahr; dafür korrigierten sie ihre Rechnung insofern, als sie zeitweise zwischen zwei Jahre einen besonderen Neujahrstag einschoben. Interessant ist die Feststellung, daß beide Pfeiler dieser merkwürdigen Sonnenuhr genau auf der gleichen Meereshöhe errichtet waren. Auf diesen steinernen „Uhrzeigern" selbst sind noch Einkerbungen und hieroglyphenartige Zeichen zu erkennen, mit denen die Jahre, Monate usw. registriert wurden. M. B.

Abermalige Erhöhung des Staudammes von Assuan. Die vorige ägyptische Regierung beschloß Ende 1924 den Bau des Djebela-Auli-Staudammes, um große Ländereien für den Anbau von Getreide und vor allem für Baumwolle zu gewinnen. Jetzt scheint das neue Kabinett wahrscheinlich unter englischem Druck diesen Plan aufgegeben zu haben und sich für eine abermalige Erhöhung des Staudammes von Assuan zu entscheiden. Mit der Durchführung dieses Erweiterungsbaues des Staudammes käme die altägyptische Tempelinsel Philo wohl für immer unter dem Wasserspiegel der Sperre zu liegen, während sie sich jetzt wenigstens bei Niedrigwasser noch über die Wasserfläche erhebt.

Bühnen'chen. Da Käthe Dorsch bereits am 1. März ihre diesjährige Berliner Tätigkeit beendet, wird die Direktion der Gallenburg-Bühnen während des Februar eine Reihe von Stücken geben, in denen Käthe Dorsch ihre größten Berliner Erfolge hatte. Es gelangen „Kitt", „Die Flamme", „Gebeiet", „Jaga" usw. zur Aufführung.

Charlie Chaplin ist shocking. Dem Bürgermeister der kanadischen Stadt Quebec blieb es vorbehalten, Charlie Chaplin den vernichtenden Stempel „shocking" aufzudrücken. Zwar nicht dem Schauspieler, aber doch jedenfalls dem Menschen. Die letzte Scheidungsgeschichte von Chaplin hat den ehrsamen Bürgermeister mit solchem Grausen erfüllt, daß er in seiner Stadt alle Plakate, die einem Chaplin-Film anzeigen, verbot.

Im Lessingmuseum werden Donnerstag, 8 Uhr, zu Lessings Geburtstag: Szenen aus „Minna von Barnhelm", Goethes „Laune des Verliebten" und „Mad. Breitkopf", Musik von Mozart, von Schülerinnen der Sophienschule ausgeführt.

Der Barmatprozeß.

Barmats Konten.

In der heutigen Verhandlung erklärten Julius Barmat und Klenske über die Verwendung des am 4. April erhaltenen 6-Millionen-Kredits, daß die Gelder für den Aufbau der Chrono-Papierfabrik und zur Finanzierung der Kistentransport- und Werbungs-G. m. b. H. benutzt worden seien. Außerdem seien Winckler-Kredite für die Eisenmatthes-Aktiengesellschaft gegeben worden. Wie der Vorsitzende aus der Anklageschrift mitteilte, wurde dann Mitte April ein viertes Konto, ein Wechsellombardkonto, von der Staatsbank für die Amexima eröffnet, das von 225 000 M. nach und nach auf zirka 746 000 M. anwuchs. Eine längere Erörterung entspann sich dann über die Begleichung der Zinsen in Höhe von etwa 3000 M. Wie der Vorsitzende mitteilte, sind die Zinsen in der Tat nicht bar gezahlt worden. Das Wechsellombardkonto war schließlich auf 1,4 Millionen aufgelaufen, und am 19. Mai ist der Beschluß der Generaldirektion gefaßt worden, daß die Kredite der Amexima nicht mehr erhöht werden, sondern verringert werden sollen. Hellwig erklärt, daß der Beschluß nicht zu seiner Kenntnis gekommen sei. Oberstaatsanwalt Trautmann: Auf dem Konto 5, das inzwischen aufgetaucht ist, wurde, was mir auffällig erscheint, an einem Tage eine Million genommen, die am nächsten Tage zurückgezahlt wurde. Weshalb wurde das gemacht? Klenske: Das wird tägliches Geld gewesen sein. Vors.: Und wie war es mit der Deckung? Klenske (zögernd): Das muß ja aus den Büchern hervorgehen. Oberstaatsanwalt: Ich kenne das Konto 5 recht gut. Ich habe mit Reichsbankinspektor Hahner über das Konto 5 ausführlich gesprochen, und er bezeichnete es als den „Rangierbahnhof". Auf diesem Konto tauchten Beträge auf, die dann wieder in anderen Konten verschwanden. Dr. Hellwig betonte in diesem Zusammenhange, daß sich die Korrespondenzabteilung um die Deckung der von ihm gewährten Kredite zu kümmern hatte.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurden dann die verschiedenen Konten durchgesprochen, die der Amexima bei der Staatsbank eröffnet worden waren. R.-A. Juliusberger machte in diesem Zusammenhange darauf aufmerksam, daß die Zinsen der Staatsbank, die von 1¼ Proz. pro Monat während der Geschäftsverbindung auf 2½ Proz. erhöht wurden, reichlich hoch bemessen seien, daß also die Staatsbank nicht der „Wohltäter der Menschheit" sei, als der sie gelten solle. Oberstaatsanwalt Trautmann machte aber darauf aufmerksam, daß die Amexima ihrerseits die geliehenen Gelder am gleichen Tage mit 5 Proz. monatlichen Zinsen weiterverliehen habe.

Diaz will weiterherrschen.

Der Schützling Wallstreets lehnt Vermittlung ab.

New York, 18. Januar. (WTB.) Der Präsident von Nicaragua, Diaz, teilte dem Vertreter der „Associated Preß" in Managua mit, er könne das Vermittlungsangebot des Präsidenten von Costarica nicht annehmen.

Seine Begründung.

Zur Begründung dieser Ablehnung erklärte Präsident Diaz dem Vertreter der „Associated Preß" in Managua, Präsident Jimenez von Costarica habe im Dezember dem Vorurteil gegen das Regime Diaz Ausdruck verliehen, dieses entbehre der Verfassungsmäßigkeit. Diaz erhob ferner Beschwerde, daß die Anhänger Sacasas Puerto Limon in Costarica als Operationsbasis benutzen. Uebrigens könne keine mittelamerikanische Regierung in dem nicaraguanischen Streit in unabhängiger Weise vermitteln, weil alle Mexiko fürchteten. Diaz erklärte zum Schluß, seine Regierung habe deshalb die Freundschaft Mexikos nicht gefunden, weil es die Mithilfe des amerikanischen Kapitals zur Entwicklung des Landes angenommen habe. Auch die Tatsache, daß den Vereinigten Staaten von Nordamerika freigestellt worden sei, in Nicaragua einen Kanal zu bauen oder eine Marinestation zu unterhalten, seien Gründe für die mexikanische Feindschaft.

Erklärung der Regierung Calles.

Mexiko, 18. Januar. (WTB.) Der „Agencia Duems" zufolge veröffentlicht die mexikanische Regierung eine Erklärung zum Konflikt mit den Vereinigten Staaten, in der es unter anderem heißt: Pressenachrichten aus den Vereinigten Staaten lassen erkennen, daß die Gegner Mexikos bemüht sind, unter dem Vorwand, daß die mexikanische Regierung die Politik der Vereinigten Staaten in Nicaragua zu durchkreuzen suche und durch die Anerkennung der Petroleumgesetze die auf legalem Wege erworbenen Rechte amerikanischer Bürger umstoße, einen ernsten Konflikt zwischen beiden Ländern herbeizuführen. Wer die Machtverhältnisse zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten kennt — und die ganze Welt kennt sie —, der wird den Gedanken für völlig abwegig halten, daß Mexiko versuchen wolle, bewaffnet den Vereinigten Staaten gegenüber aufzutreten. Mexiko hat in Nicaragua keinerlei politische Interessen. Die Beweggründe, die zur Anerkennung der Regierung Sacasas führten, hat der Präsident von Mexiko in Erklärungen auseinandergesetzt, die von der Presse bekanntgegeben wurden. Die Anerkennung basiert speziell auf dem Abkommen, das die Vereinigten Staaten in Gegenwart von Vertretern Mexikos mit Guatemala, Costarica, Honduras, Nicaragua und Salvador in Washington im Friedens- und Freundschaftsvertrage vom 20. Dezember 1907 trafen, der am 7. Februar 1923 in Gegenwart der Delegierten der Vereinigten Staaten erneuert wurde. Dieser enthält die Verpflichtung, keine Regierung anzuerkennen, die durch Staatsstreich oder Revolution zur Herrschaft gekommen sei, solange sie nicht durch eine frei gewählte Volksvertretung als verfassungsmäßig anerkannt sei.

Mexiko hat wiederholt freiwillig erklärt, die Anwendung der Petroleumgesetze und anderer Bestimmungen bedeute nicht die Aufhebung legal erworbener Rechte. Es hat mit verschiedenen Nationen und auch mit den Vereinigten Staaten Abkommen getroffen über die Bildung von gemischten Kommissionen zwecks Prüfung der Reklamationen von Ausländern gegenüber Mexiko. Amerikaner können bei der mexikanisch-amerikanischen Kommission in Washington Schutz finden und sich ihr Recht verschaffen. Mexiko verschließt sich nicht einer Verständigung und gerechten Regelung, und sein Verhalten und seine Vorschläge beweisen deutlich und unwiderlegbar, daß es gewillt ist, die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und die Grundsätze der Billigkeit in Anwendung zu bringen. Die amerikanische Regierung, die so sehr für den Gedanken eines internationalen Schiedsgerichts kämpft, würde ihren eigenen Grundsätzen den Rücken kehren, wenn sie Gewalt vor Recht gehen ließe, und damit eine Haltung an den Tag legen, die völlig unverständlich wäre.

Ein Nachbarstaat, der sich schützt.

Guatemala (Stadt), 18. Januar (Reuter.) Dem Bischof Diaz von Tobasco, der nach seiner Verurteilung zur Deportation am 14. dieses Monats von Tatschula in Mexiko nach der Grenze von Guatemala abgereist sein soll, ist das Betreten des Gebietes von Guatemala nicht gestattet worden, auf Grund des Gesetzes, das Jesuiten die Einreise verbietet. Es ist unbekannt, wohin sich der Prälat begeben hat.

Statt Filmwüste — Volkspark.

Die Arbeiten in den Rehbergen schreiten rüstig vorwärts und an Stelle des sandigen Terrains zwischen Transvaal-, Afrikanische Straße und Dohnagestell, das der Berliner Filmindustrie zu Wüstenaufnahmen diente, grüßt ein schon halb fertiger mächtiger Volkspark. Rasenanlagen, Spiel- und Sportplätze — ein Stadion en miniature — mit einer 400 Meter langen Rennbahn für Wettläufe, mit Hürden, Plätzen für Stabhochsprung und Weitsprung, eingefaßt von einer Zuschauertribüne, die 20 000 Menschen Platz bieten wird. Dann sind da noch Tennisplätze, ein Luftbad für Nacktkultur und große Spielwiesen vorgesehen; die einzelnen Sportplätze erhalten ihre Unterkunftshallen, an Stelle des Möwensees kommt eine Riesenplansche für die Kleinen, kurz, alles wird da sein, was an gesundheitsförderndem Sport und frohem Leben in der Natur der Bevölkerung so unendlich not tut. Am oberen Gelände führt ein Höherweg und eine 400 Meter lange Rodelbahn mit einem Gefälle von 20 Metern wird den Freuden des Wintersports Unterhaltung bieten. Die Baumpflanzungen sind Kiefern, mit Birken und Ebereschen durchsetzt, der Sportplatz erhält als Abschluß eine starke Buchenhecke, die Alleen werden mit Platanen bepflanzt, die, vierkantig beschnitten, ein hübsches Bild gärtnerischer Geschicklichkeit bieten sollen. Ein großer Hang wird ganz mit Heckenrosen bepflanzt, wo nur immer möglich, werden Rasenplätze zum Lagern geschaffen und das Ganze soll so eine richtiggehende Erholungsstätte im Rahmen eines modern angelegten Volksparks werden. Wenn man bedenkt, daß es nicht weniger als 280 000 Kubikmeter Erde sind, die bewegt wurden, daß das ganze sandige Hügelland mit verrottetem Straßendung mit Aetzkalk versetzt, der von weither mühsam herangefahren wird, für seine jetzige Aufgabe präpariert werden mußte, dann kann man sich ungefähr ein Bild machen, welch gewaltiges Werk der Schöpfer des Ganzen, Gartendirektor Gerner vom Bezirksamt Wedding, ins Leben gerufen hat.

Die Arbeiten im eigentlichen Volkspark sind schon so weit gediehen, daß man im Spätfrühling an die Eröffnung dieser Anlagen denkt.

Ein verhängnisvoller Schuß.

Tragischer Abschluß einer Geburtstagsfeier.

Mit einem Schuß, durch den der Arbeiter Walter Böth aus der Kneseckstraße 103 zu Neukölln getötet wurde, fand eine Geburtstagsfeier des 29 Jahre alten Kellners Eugen Roß aus der Prinz-Handjery-Straße 66 zu Neukölln ihr tragisches Ende.

Roß hatte zu seinem Geburtstag auch seine Mutter geladen. Die Feier dehnte sich bis in die Morgenstunden hinein aus. Um 4 Uhr brach die Mutter des Kellners auf, um in ihre Wohnung zurückzukehren. Sie war kaum weggegangen, als sie zurückkehrte, sehr heftig die Klingel zog und aufgeregt mitteilte, daß unten vor dem Hause ein fremder Mann ihr unsittliche Anträge gemacht, sie schwer belästigt und auch tätlich angegriffen habe. In diesem Augenblick kam der Mann gleich hinter der Frau her auch schon die Treppe hinauf und versuchte in die Wohnung einzudringen. Eugen Roß trat ihm entgegen, und es kam zu einem Handgemenge. Unter lautem Schimpfen drängte der Fremde, in dem später der Arbeiter Böth festgestellt wurde, seinen Gegner gegen das Treppengeländer. Roß befreite sich, lief in die Wohnung, holte seine Bayard-Pistole, schoß und traf Böth so schwer, daß er zusammenbrach, einige Stufen hinunterfiel und auf dem Treppenabsatz tot liegen blieb. Der Lärm alarmierte die Hausbewohner, die das 112. Polizeirevier benachrichtigten. Beamte konnten nur noch den Tod des Getroffenen feststellen, beschlagnahmten die Leiche, die nach der Halle in Buckow gebracht wurde, und brachten Roß nach der Wache und später nach dem Polizeiamt. Er behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. Zur weiteren Klärung des traurigen Vorfalls und besonders der Frage, ob strafbare Ueberschreitung der Notwehr vorliegt, werden die Zeugen im Laufe des heutigen Tages eingehend vernommen werden.

Lebensmüde Jugendliche.

Die sechzehnjährige Lucie H. wurde gestern nachmittag in der elterlichen Wohnung am Hindenburgdamm 88 tot aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß sie sich mit Gas vergiftet hatte. Die von der Feuerwehr angestellten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Das Motiv ist unglückliche Liebe. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in der Wohnung belassen. — Der fünfzehnjährige Lehrling Heinrich D. versuchte sich ebenfalls in der elterlichen Wohnung in der Brüsseler Straße zu vergiften. In diesem Falle waren die von der Feuerwehr angestellten Wiederbelebungsversuche von Erfolg. Das Motiv seiner Handlung ist noch nicht bekannt. — Die zwanzigjährige ledige Elisabeth K., in der Nansenstraße wohnhaft, sprang am Kotbuser Ufer in selbstmörderischer Absicht in den Landwehrkanal. Sie wurde von dem Tapezierer Teichert aus der Diesenbachstraße 72 gerettet und in das Urbankrankenhaus gebracht.

Zu dem Eisenbahnfrevel bei Wilhelmshagen.

Die Kriminalpolizei hat, um den Eisenbahnfrevel bei Wilhelmshagen aufzuklären, gestern den ganzen Tag über eingehende Nachforschungen auf der Strecke und in deren Umgebung angestellt. Am Bahnhof Rahnsdorf und nicht weit von ihm entfernt liegen Lokale, in denen Sonntags Tanz und auch Vereinsvergnügungen veranstaltet werden, die auch von Erkner Besuch erhalten. Es kommt nun oft vor, daß Gäste dieser Veranstaltungen den letzten Zug, der um 2 Uhr 9 Minuten von Rahnsdorf nach Wilhelmshagen und Erkner abfährt, verpassen und dann einen Weg am Bahnkörper entlang nach Wilhelmshagen und Erkner gehen. Das ist auch von mehreren Gruppen in der Nacht zum Montag festgestellt worden. Zu welcher Gruppe jedoch die Uebeltäter gehören und wer diese sind, konnte noch nicht ermittelt werden. An einem Stapel Eisenbahnschwellen hat nun einer der Frevler, wie eine genaue Ortsbesichtigung ergab, in dem lehmigen Boden gekniet. Der Abdruck wurde festgelegt. Er zeigt, daß der Mann entweder einen Cord- oder einen Manchesteranzug getragen hat. Von der Bude 24 sind die Uebeltäter in der Richtung nach der Schneidemühle bei Erkner zu weitergegangen. Es scheint also, daß sie in Erkner wohnen.

Gnadengesuch des Raubmörders Schröder. Der Raubmörder Schröder-Magdeburg, dessen Todesurteil von dem Reichsgericht kürzlich bestätigt wurde, hat inzwischen an das preußische Justizministerium ein Gnadengesuch gesandt. Sein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde von dem zuständigen Gerichtshof mit der Begründung abgelehnt, daß dem Angeklagten kein Glauben mehr zu schenken sei.

Zugzusammenstoß bei Hannover.

Hannover, 18. Januar. (WTB.) Die Reichsbahndirektion teilt mit: Heute vormittag 9,12 Uhr überfuhr der Güterzug 9230 in Poppenhagen bei Wunstorf das Einfahrtsignal. Er fuhr dabei dem rangierenden Güterzug 9247 in die Flanke, wodurch mehrere Wagen zum Entgleisen gebracht wurden. Einer dieser Wagen stieß auf den in Poppenhagen haltenden Personenzug 304. Der Schaffner des Güterzuges wurde getötet. Einige Zugbeamte wurden leicht verletzt. Reisende jedoch nicht.

Sport.

Immer noch Lorenz-Tonani!

Jagdenlose Nacht. — Van Kempens Protest!

Im Anschluß an die Zehn-Uhr-Wertung ereignete sich bis zur folgenden Wertung um zwei Uhr nachts, abgesehen von einem erfolglosen Vorstoß van Kempens, nichts besonderes. Ueber lebhafte Ovationen konnte der dem Publikum vorgestellte Exweltmeister Ernst Kaufmann quittieren.

Die Spurts der **Zwei-Uhr-Nachtwertung** bildeten wieder einmal eine zahme Angelegenheit. Sie brachten folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Manthey, 2. Koch, 3. Thollembeek, 4. Bauer. 2. Spurt: 1. van Kempen, 2. Manthey, 3. Buschenhagen, 4. Mac Namara. 3. Spurt: 1. Thollembeek, 2. Manthey, 3. Lacquehay, 4. Bauer. 4. Spurt: 1. Thollembeek, 2. Rausch, 3. Koch, 4. Behrendt. 5. Spurt: 1. van Kempen, 2. Buschenhagen, 3. Skupinski, 4. Hürtgen.

Leider brachte die Nacht wieder einen im sportlichen Sinne unangenehmen Zwischenfall. Beim Ausfahren einer Prämie wird der Platz van Kempens aus berechtigten Gründen nicht gewertet. Wambst-Lacquehay gewinnen die Prämie, van Kempen geht leer aus. Im übrigen erhält die Mannschaft van Kempen-Bauer wegen unvorschriftmäßigen Fahrens abermals eine Strafrunde. Sie liegen nun fünf Runden zurück. Doch bald gibt es eine neue Prämie. Die Franzosen fahren um das Geld — aber auch van Kempen ist dabei. Er erledigt seine Ablösung auf Sicht. Das Renngericht gibt dieser Mannschaft abermals eine Strafrunde und wertet sie nicht, womit die französische Mannschaft Sieger der Prämie wird. Und nun macht der Holländer Protest — auf seine Art: er verläßt sein Rad und will nicht mehr fahren, bis Verhandlungen diesen unschönen Zwischenfall erledigen . . . Piet van Kempen hat sich in dieser Nacht wenig, sehr wenig sportlich benommen. Er wird beim Berliner Publikum gleich Goossens-Stockelynck einen reduzierten Eindruck hinterlassen.

Die 4-Uhr-Nachtwertung

brachte in den langweiligen Spurts folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Thollembeek, 2. Rielens, 3. Seiferth, 4. Hürtgen. 2. Spurt: 1. van Kempen, 2. Buschenhagen, 3. Mac Namara, 4. Skupinski. 3. Spurt: 1. Petri, 2. Rielens, 3. Thollembeek, 4. Bauer. 4. Spurt: 1. Mac Namara, 2. van Kempen, 3. Manthey, 4. Koch.

Der Stand des Rennens ist nun folgender: **Spitze:** Tonani-Lorenz 138 Punkte. Zwei Runden zurück: Thollembeek-Buschenhagen 197 Punkte, Koch-Rielens 148 Punkte, Wambst-Lacquehay 87 Punkte. Drei Runden zurück: Mac Namara-Petri 143 Punkte. Fünf Runden zurück: Rausch-Hürtgen 59 Punkte. Sechs Runden zurück: Van Kempen-Bauer 351 Punkte, Behrendt-Skupinski 140 Punkte. Acht Runden zurück: Seiferth-Manthey 165 Punkte.

Um 6 Uhr früh sind 3267,770 Kilometer bedeckt. Heute abend um 11 Uhr geht das Rennen zu Ende. An dem Siege der Mannschaft Tonani-Lorenz kann kaum noch gezweifelt werden. Mit zwei Runden Vorsprung dürften sie ihre Position zu verteidigen wissen.

Die Arbeitslosigkeit im Dezember.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Von den dem ADGB. angeschlossenen Verbänden haben 29 mit 8561 Zweigvereinen und 3 154 315 Mitgliedern, wovon 580 829 weibliche, für Dezember 1926 berichtet. Arbeitslose Mitglieder, unterstützte und nichtunterstützte, wurden insgesamt gezählt 542 997, das sind 17,2 vom Hundert der Mitglieder, gegen 14,5 im November. Arbeitslos waren 467 896 männliche und 75 101 weibliche Mitglieder. In der letzten Arbeitswoche des Dezember, der Erhebungswoche, arbeiteten 154 609 männliche und 69 751 weibliche, insgesamt 224 360 Mitglieder verkürzt, das sind 7,1 vom Hundert, gegen 8,1 im November. Im November war die Arbeitslosigkeit mit 458 348 Arbeitslosen geringer und die Zahl der Kurzarbeiter (254 565) höher als im Dezember. Im Dezember dagegen war umgekehrt die Zahl der Arbeitslosen um 84 649 höher, das ist um 2,7 vom Hundert, die Zahl der Kurzarbeiter um 29 205 oder um 1 vom Hundert niedriger.

Von den 224 360 Kurzarbeitern arbeiteten 78 362 — wovon 29 067 weibliche **nur bis zu acht Stunden in der Woche.** Eine Art der Arbeitszeitverkürzung, die von den Unternehmern diktiert ist, denen die Achtundvierzigstundenwoche sonst nicht lang genug ist und die uns ebensowenig gefallen kann wie den Betroffenen, die dabei sicherlich weit weniger verdienen, als was sie bei vollständiger Arbeitslosigkeit an Erwerbslosenunterstützung beziehen würde. Es handelt sich hier also um eine ganz und gar unzureichende und unhaltbare Beschäftigungsdauer, die als unzulässig zu verbieten ist, falls sie sich nicht auf gelegentliche, seltenere Fälle des Aussetzens beschränkt. Einen Arbeiter oder eine Arbeiterin in der Woche nur acht und weniger Stunden zu beschäftigen, heißt die Arbeiter zum Narren halten.

Weitere 64 515 Kurzarbeiter, worunter 19 934 Arbeiterinnen, waren neun bis 16 Stunden in der Woche beschäftigt, also nur bis zu einem Drittel des „schematischen" Achtstundentags. Ferner waren 50 861 Arbeiter, wovon 15 689 weiblich, 17 bis 24 Stunden lang in einer Woche beschäftigt und nur 20 279 Kurzarbeiter — 7906 weiblich — waren von den 224 360 Kurzarbeitern insgesamt 25 und mehr Stunden beschäftigt, wogegen alle übrigen 204 081 Kurzarbeiter nur bis zur 24 Stunden beschäftigt waren.

Würdigt man die Arbeitslosenziffern einzelner Verbände, dann tritt — trotz der relativ günstigen Witterung das Baugewerbe im Dezember besonders hervor. Von den Mitgliedern des Baugewerksbundes waren nicht weniger als 41,1 vom Hundert arbeitslos, ein Hundertsatz, der nur von den Dachdeckern mit 41,9 überschritten wird. Unter der schlechten Beschäftigung der Bauarbeiter leiden natürlich auch die Maler, die 33,6 vom Hundert an arbeitslosen Mitgliedern aufweisen, und die Zimmerer, die mit 28,9 vom Hundert ihrer Mitglieder als arbeitslos verzeichnen mußten. Die Kurzarbeit spielt im Baugewerbe keine Rolle. Von den übrigen Gewerkschaften haben die Hutarbeiter mit 28,1 die höchste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Ihnen folgen die Gärtner mit 26,4 vom Hundert, die Bekleidungsarbeiter mit 24,3, die Sattler, Tapezierer und Portefeuiller mit 22,9 und die Holzarbeiter, bei denen es sich nicht um eine mehr saisonmäßige als vielmehr um dauernd große Arbeitslosigkeit handelt, mit 22,4 vom Hundert der Mitglieder. Der dem Fabrikarbeiterverbande angeschlossene Keramische Bund verzeichnet 18 vom Hundert seiner Mitglieder als arbeitslos. Auch die Fleischer stehen mit 17,7 vom Hundert noch über dem Durchschnitt, der bei den Schuhmachern mit 17,1 vom Hundert nur um 0,1 vom Hundert zurückbleibt. Bei den Kupferschmieden ist die Arbeitslosigkeit mit 16,5 auch recht erheblich. Der Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband wies 16,4 vom Hundert an Arbeitslosen auf, der Metallarbeiterverband 16 vom Hundert. Fabrikarbeiter und Steinarbeiter verzeichnen 15,2, Lederarbeiter 13,3, Tabakarbeiter 12,3, Maschinisten 11,3 und Buchbinder 11,1 vom Hundert. Es folgen die Böttcher mit 10,1, die Textilarbeiter mit 10, die Transportarbeiter mit 8,8, die Lithographen mit 8,4, Graphische Hilfsarbeiter mit 7,2, Lebensmittel- und Getränkearbeiter mit 6,5, Friseurgehilfen 4,9, Buchdrucker 4,5 und Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 2,7 arbeitsloser Mitglieder vom Hundert.

Die absoluten Ziffern ergeben eine andere Reihenfolge der Verbände und vermitteln ein anschaulicheres Bild. Der **Baugewerksbund** steht auch hier mit **133 130 Arbeitslosen** obenan, ihm folgt der **Metallarbeiterverband mit 104 789**, der **Holzarbeiterverband mit 58 455** und der **Fabrikarbeiterverband mit 54 964 arbeitslosen Mitgliedern.** In weiterem Abstande folgen die Verbände der Textilarbeiter mit 27 962, Zimmerer 25 098, Verkehrsbund 23 535, Bekleidungsarbeiter 16 628, Maler 13 506, Schuhmacher 11 984, der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter mit 8460, Tabakarbeiter 6892, Sattler 6119, Buchbinder 5640, Maschinisten 5103, Gemeinde- und Staatsarbeiter 4903, Hutarbeiter 4875, Lebensmittel- und Getränkearbeiter 4463, Lederarbeiter 4445, Steinarbeiter 4151, Dachdecker mit 3748 und der Verband der Buchdrucker mit 3540 arbeitslosen Mitgliedern. Graphische Hilfsarbeiter, Gärtner und Fleischer zählen über 2000 Arbeitslose, Lithographen 1552, die Kupferschmiede rund 1000, Böttcher 826 und Friseure 192.

Die größte Zahl von kurzarbeitenden Mitgliedern hat der Metallarbeiterverband zu verzeichnen. Ihm folgt der Textilarbeiterverband, der Fabrikarbeiterverband und der Holzarbeiterverband und in weiteren Abständen die übrigen Verbände, ohne die der Bauarbeiter und Zimmerer und auch der Friseurgehilfen, die keine Kurzarbeiter zu verzeichnen hatten. Kurzum, im Dezember waren in den freien Gewerkschaften **767 357 Mitglieder ganz oder teilweise arbeitslos. Fast jedes vierte Mitglied war arbeitslos oder arbeitete verkürzt.** Ein Ende dieses ungeheuerlichen Zustandes ist leider noch nicht abzusehen. Das Elend, das diese Ziffern für die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen mit ihren Familienangehörigen bedeutet samt den wirtschaftlichen und sozialen Folgerungen, ist häufig genug geschildert worden. Es gilt, der Abstumpfung gegen die Sprache dieser Zahlen entgegenzuwirken.

Der Arbeitsmarkt in Dänemark.

Seit dem Jahre 1924 hat sich die Lage auf dem dänischen Arbeitsmarkt dauernd verschärft. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder, die sich 1913 auf 7,3 Proz. belief, betrug 1924: 10,8, 1925: 14,7 und 1926 bereits 20,8 Proz., also fast das Dreifache des Vorkriegsdurchschnitts. Somit hat die Beschäftigungslosigkeit seit dem Jahre 1913 jetzt ihren höchsten Stand erreicht.

Die für den Monat Dezember 1926 mit 32,5 Proz. vorläufig ermittelte Arbeitslosenziffer wurde lediglich von der für Februar und März 1922 (34,2 bzw. 33,0 Proz.) festgestellten übertroffen. Gegenüber dem Stande im Dezember 1925 ergibt sich für das Ende 1926 eine Zunahme um 0,8 Proz. In der die Mitte des Dezember 1926 umfassenden Woche wurden 79600 Arbeitslose gezählt, von denen 27 500 oder rund 35 Proz. auf Kopenhagen und der Rest auf die dänischen Inseln und Jütland entfielen.

Die oben dargestellten Prozentziffern ergeben, da sie sich lediglich auf die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder beziehen, kein dem tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit entsprechendes Bild.

Berücksichtigt man hier die Gesamtzahl der Arbeiter in Dänemark, die sich nach der Zählung vom 1. Februar 1921 auf 734 335 (darunter 257 394 Arbeiterinnen) belief, und setzt hierzu die Arbeitslosenzahl in Beziehung, so ergäbe sich für das Ende 1926 eine Arbeitslosigkeit von etwa 10 Proz., eine Zahl, die jedoch von dem Umfang der deutschen Arbeitslosigkeit bei weitem übertroffen wird.

Dr. S.

Die Grundprobleme der internationalen Sozialpolitik. Ueber dieses Thema hält ab Donnerstag, den 27. Januar 1927, abends 7 Uhr, der Genosse Dr. Salomon Schwarz einen auf zehn Abende berechneten Kursus in dem er folgende Fragen behandeln wird: Entwicklungsgeschichte der Idee der internationalen Sozialpolitik. — Die gewerkschaftlichen internationalen sozialpolitischen Programme (Leeds 1916, Bern 1917 und 1919). — Das internationale Arbeitsrecht im Friedensvertrag von Versailles. — Die internationale Arbeitskonferenz. Die rechtliche und sozialpolitische Bedeutung ihrer Beschlüsse. — Die Organisation und die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. — Die internationale Arbeitsorganisation und die Gewerkschaften. — Achtstundentag als ein internationales Problem. — Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als ein internationales Problem. — Die internationalen Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit. — Die Grenzen der internationalen Sozialpolitik. Der Lehrgang findet im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelufer 24-25, 2. Hof, 1 Treppe, rechts, abends 7 Uhr statt. Anmeldungen hierfür können Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr in den Lehrberatungssprechstunden vorgenommen werden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Tagungen des Internationalen Arbeitsamts.

In den letzten zehn Tagen des laufenden Monats finden im Internationalen Arbeitsamt eine Reihe von wichtigen Tagungen statt. Zunächst versammelt sich vom 20. bis 22. die Gemischte Schiffahrtskommission. Ihr folgt am 24. und 25. die Gemischte Landwirtschaftskommission. Am 26. und 27. wird sich dann der Verwaltungsratsausschuß zur Prüfung des Standes der Ratifikationen der Arbeitszeitkonventionen vereinigen, und zum Schluß hält am 28., 29. und 30. der Verwaltungsrat des IAS. seine erste diesjährige Session ab.

In der Gemischten Schiffahrtskommission wird es vor allem zu einem harten Strauße mit den Vertretern der Reeder über die Regelung der Arbeitszeit in der Hochseeschiffahrt kommen, die gemäß einem Antrag der letzten Arbeitskonferenz auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1928 gesetzt werden sollte. Ferner hat die Kommission die Fragen der Heimschaffung der Fischereimatrosen und der Strafmaßnahmen bei Verletzung der Konvention über den Heuervertrag sowie die Regelung der Anstellungsverhältnisse der Perlen- und Schwammfischer vorzuberaten. Die Vertretung der Arbeiterschaft besteht aus Köhler (Deutschland), Henson (England), Ehlers (Frankreich), Lundgren (Schweden) sowie Oudegeest vom IGB. und Fimmen vom ITB.

Der Gemischte Landwirtschaftsausschuß wird zum erstenmal in seiner verstärkten Zusammensetzung, nämlich aus je sechs Vertretern des Verwaltungsrates des IAA. und des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom tagen. Unter den Fragen, mit denen er sich zu beschäftigen hat, sind zu erwähnen: der Lohnanteil der landwirtschaftlichen Arbeiter bei den Produktionskosten der Landwirtschaft, die Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft und die wissenschaftlichen Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft.

Mit größtem Interesse wird man den Beratungen des Zwölferausschusses (die Hälfte seiner Mitglieder) des Verwaltungsrats des IAA. über die Ratifikation der Arbeitszeitkonvention und über die zu ihrer Beschleunigung vorzuschlagenden Maßnahmen entgegensehen. Wie wir erfahren, ist die augenblickliche Lage in den wichtigsten Industrieländern die, daß man in Frankreich im Laufe dieses Jahres auch die Zustimmung des Senats zum Ratifikationsgesetz zu erhalten glaubt; in Deutschland hofft man bis Ende 1927 das Arbeitsschutzgesetz im Reichstag ebenfalls durchzubringen, so daß in beiden Ländern die Ratifikation der Washingtoner Konvention vorgenommen werden könnte. Jedoch dürfte die Ratifikation mit dem Vorbehalt vorgenommen werden, daß sich England ihr anschließt. Leider sind dafür vorläufig noch immer keine günstigen Aussichten vorhanden.

Der Verwaltungsrat des IAA. selbst hat, wie gewohnt, den Tätigkeitsbericht von Direktor Albert Thomas entgegenzunehmen, ferner die Tagesordnung der Arbeitskonferenz für 1928 endgültig festzusetzen und darüber zu entscheiden, ob für die Regelung der Arbeitszeit in der Hochseeschiffahrt eventuell eine Sonderkonferenz im gleichen Jahre abzuhalten ist. Im übrigen wird der Verlauf der mit Arbeit reichlich beladenen Tagung des Verwaltungsrates nicht wenig von dem Ergebnis der vorangehenden genannten Ausschußberatungen abhängen.

Die Metallarbeiter besinnen sich!

Die KPD. „siegt" immer mehr.

In Gelsenkirchen war die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mehrere Jahre hindurch eine Domäne der KPD. Zwei Jahre lang war der verflossene kommunistische Reichstagsabgeordnete Schütz Leiter der Ortsverwaltung Gelsenkirchen. Bei der Wahl im vorigen Jahre fehlten der „Opposition" nur 36 Stimmen an der Mehrheit. Nachdem jedoch unsere Genossen seit einem Jahre wieder am Ruder sind, hat sich das Blatt gewendet.

Bei der jüngsten Neuwahl der Gelsenkirchener Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes am Sonntag war die Wahlversammlung in der Stadthalle überaus stark besucht. Trotzdem das „Ruhr-Echo" alle Schimpfregister gegen die Liste Schlüter gezogen hatte, wurden **für die Richtung Amsterdam 666 Stimmen** abgegeben, während die Moskauer Richtung es auf 357 Stimmen brachte. Das sind für diese Art Gewerkschaftsfreunde immer noch viel zu viel. In Anbetracht der vordem beherrschenden Stelle der Moskauer bedeutet dieses Wahlergebnis jedoch einen glänzenden Sieg der Amsterdamer Richtung.

Da dieser Umschwung sich auch in anderen Städten Rheinland-Westfalens bemerkbar macht, ist er um so mehr zu begrüßen.

Arbeitszeitverkürzung beflügelt die Technik.

Wie sehr die Arbeitszeitverkürzung den technischen Fortschritt beflügelt, zeigt sich nirgends deutlicher als im Bäckergewerbe. Da die Arbeit vor 5 Uhr früh nicht in Angriff genommen werden kann, ist im Bäckergewerbe jetzt fast überall eine Teigknetmaschine eingeführt worden, die den Teig automatisch für die weitere Bearbeitung vorbereitet.

Wenn ausgerechnet für das Bäckergewerbe die 60stündige Wochenarbeitszeit gefordert wird — und das ausgerechnet von einem Zentrums-Reichstagsabgeordneten — dann begreift man, welche Berge von Unverstand abgetragen werden müssen, damit es in Deutschland zu einer vernünftigen Regelung der Arbeitszeit kommt.

Aus der Partei.

Geschäftsführung der Jungsozialisten.

Im Einklang mit den Wünschen der Jungsozialisten auf ihren letzten Tagungen ist nun laut Beschluß des Parteivorstandes die Geschäftsführung der jungsozialistischen Bewegung vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit übernommen worden. Gleichzeitig sind im Einvernehmen mit allen in Frage kommenden Körperschaften (Reichsleitung der Jungsozialisten, SAJ. usw.) Richtlinien für die jungsozialistische Bewegung ausgearbeitet worden, die den Zweck verfolgen, in allen Fällen ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit den Jungsozialisten zu gewährleisten und die jungsozialistische Bewegung für die Sozialdemokratie fruchtbar zu machen. Diesen Richtlinien hat der Parteiausschuß in seiner Sitzung vom 10. Januar zugestimmt. Sie sind sofort in Kraft getreten.

Alle Zuschriften in Sachen der jungsozialistischen Bewegung sind zu richten an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Zum Wiedererscheinen des „Populaire".

Wie wir bereits meldeten, erscheint der „Populaire" als Zentralorgan der französischen Sozialistischen Partei ab 22. Januar wieder täglich. Anfragen aus unserem Leserkreis beweisen das Interesse, das auch deutsche Sozialdemokraten an dem Blatt unserer französischen Freunde nehmen. Wir können solchen Genossen, die der französischen Sprache mächtig sind und die sich eine solche Mehrausgabe leisten können, nur empfehlen, den „Populaire" zu abonnieren und damit zugleich zu unterstützen. Der Abonnementspreis beträgt für Deutschland: 130 französische Franken auf ein Jahr, 70 Franken auf sechs Monate und 38 Franken auf ein Vierteljahr. Danach kostet ein Jahresabonnement nach dem gegenwärtigen Kurs etwa 21,50 M. Die Adresse des Verlages lautet: Paris II, 12 Rue Feydeau.

Sozialistische Agrartagung für das sudetendeutsche Landvolk. Sonnabend, den 29. d. M., beginnt in Prag-Weinberge, Heinesaal, eine Reichstagung des kleinen Landvolkes, veranstaltet von den sudetendeutschen freigewerkschaftlichen Verbänden der Kleinbauern und Häusler (Sitz Teplitz-Schönau) und der Land- und Forstarbeiter (Sitz Dux). Die Tagesordnung umfaßt die Bodenreformpolitik der Regierung, die Land- und Forstarbeiter als Stiefkinder der Sozialpolitik, die wirtschaftlichen Forderungen der Kleinbauern und Häusler, die Regierung der Grünen Internationale und das arbeitende Landvolk. Referenten sind die Genossen Abg. Schweichhart, Bodenbach, Verbandsobmann Uhl, Abg. Dominik Leibl, Böhmerwald und Redakteur Jokisch.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Saforn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Beste Qualität ist billigster Einkauf

Aus eigener Rösterei stets frischgerösteter Kaffee: Pfund 2, 8 3,20 3,80 4,20 4,60 Rm. von feinem Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit.
Echt Chin. u. Indischer Tee Pfund 4,80 6,00 8,00 8,50 Rm.
Schokolade, Kakao, Keks, Konfitüren, Backobst
Neue Hülsenfrüchte, Eier-Nudeln, ff. Auszugmehl
Feinkostwaren, feine Liköre und Spirituosen
Gut gepflegte gelagerte Weiß-, Rot- und Süßweine.
Echte Braunschw., Thür. u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren.
Butter- und Käse-Handlung

Rudolf Fink, Berlin NW 21 Turmstr. 6
vis-à-vis Kriminalgericht
Alt-Moabit 53 und Uhlandstraße 106.
Gemüse-Konserven und Früchte.

Gegr. 1891.
Unt. Garantie die schönsten u. preiswertesten
Daunen- und Stepp-Decken
kaufen Sie bestens ab gü...
Bernhard Strohmandel, Berlin S 14, Wallstr. 72 (Untergrundbahn Spittelmarkt)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Seydelstr., und W. Nikolsburger Platz 2, Ecke Trautenaustr.
Metall-Bettstellen u. Auflegematratzen.
S, Wallstr. 21-22 und W, Nikolsburger Platz 2.
Reparat. sch. Ret. — Illustr. Preiskatalog gratis.

Mittwoch, den 19., Donnerstag, den 20., und Freitag, den 21.
3 besonders billige Inventur-Verkaufstage
im Teppich-Groß-Lager Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 5
Ständiges Lager von ca.
1000 Teppichen
Brücken, Vorlagen, Tisch- und Diwandecken in allen Größen und Qualitäten. Erstklassige Fabrikate
darunter große elegante Salon-, Herren- und Speisezimmer-Exemplare teilweise bis zu **50 % herabgesetzt**
Nachstehend einige Beispiele der billigen Preise

170×240	200×300	230×330	250×350	300×400		
14,— 32,—	19,— 58,—	32,— 68,—	36,— 78,—	42,— 148,—	300×500	218,—
21,— 45,—	38,— 87,—	87,— 98,—	42,— 128,—	89,— 178,—	350×450	278,—
					400×500	385,—

Seit 1897 in
Größtes Teppichlager, Berlin-Schöneberg, nur Hauptstr. 5.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6825, 6846
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9821
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 546
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ischias ... ärztl. empfohlen. ... 9-11, 1-4. Sonntag 10-12.